

INHALT

1. Erste Rede von Fraktionschef Johannes Callsen als Oppositionsführer
2. CDU-Fraktion kämpft für Weiterbau der A 20
3. Schleswig-Holstein laut Medienberichten besser als Bayern
4. Weitere Fachsprecher innerhalb der CDU-Fraktion benannt
5. Erste Panne der neuen Landesregierung

13.06.2012

Erste Rede von Fraktionschef Johannes Callsen als Oppositionsführer Debatte über Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdB

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen hat heute (13. Juni 2012) in der Debatte über die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Torsten Albig seine erste Rede als Oppositionsführer gehalten und ging mit den Plänen der Dänen-Ampel hart ins Gericht.

Zu Beginn dankte Callsen dem neuen Ministerpräsident Albig allerdings für dessen gestrige Würdigung der Arbeit seines Vorgängers Peter Harry Carstensen. „Das war wohltuend und angemessen, weil Peter Harry Carstensen als Ministerpräsident einer CDU-geführten Landesregierung tatsächlich Herausragendes für Schleswig-Holstein und die Zukunft unseres Heimatlandes geleistet hat“, so Callsen.

Allerdings machten emphatische Gesten und große Worte allein noch keinen Regierungschef aus, betonte der CDU-Fraktionschef. Die heutige Regierungserklärung mit vielen netten Worten sei noch kein Beweis für „Gutes Regieren“. „Sie haben anders als die CDU-geführte Landesregierung keine Idee, wie Sie Schleswig-Holstein so gestalten, dass möglichst viele

Menschen selbst für ihren Unterhalt aufkommen können und mit ihren Steuergeldern für diejenigen sorgen können, die dazu nicht in der Lage sind“, stellte Callsen klar.

Albigs politische Idee für die Zukunft dieses Landes erschöpfe sich in der Addition der Rücknahme von CDU/FDP-Entscheidungen mit rot/grünen Spielwiesen der Vergangenheit, die Schleswig-Holstein schon einmal in die Sackgasse geführt hätten.

Während SPD, Grüne und SSW beim Strafvollzug, gegenüber Drogenkonsumenten und gewalttätigen Demonstranten ebenso wie beim Asylrecht zu allererst das Gute im Menschen sehen würden, gehe aus dem Koalitionsvertrag ein tiefes Misstrauen gegenüber Grundeigentümern, insbesondere Landwirten und Unternehmern, ebenso wie Polizeibeamten hervor.

Die Dänen-Ampel wolle über eine Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs kleine Gemeinden zum Zusammenschluss zwingen. Die wichtige Arbeit zehntausender ehrenamtlicher Kommunalpolitiker werde damit herab gewürdigt. Callsen: „Dabei geht die Nähe zur Sache – sowohl räumlich als auch emotional - verloren. Die Dänen-Ampel verändert das Gesicht Schleswig-Holsteins und nimmt den Menschen Ihre kommunale Identität!“

Hart ins Gericht ging der CDU-Fraktionschef auch mit der Wirtschafts- und Verkehrspolitik der Dänen-Ampel. Gerade dem Mittelstand würden neue Lasten aufgebürdet. Verkehrspolitisch setze die Dänen-Ampel statt auf transeuropäische Verkehrswege wie die A 20, den dreispurigen A 7-Ausbau und den durchgehenden Ausbau der B 5, auf das Grüne Prestigeprojekt Stadt-Regional-Bahn, das nachweislich keiner wolle.

Diese Politik zerstöre nicht nur an der besonders betroffenen Westküste, sondern im gesamten Land die wirtschaftliche Basis und damit die Zukunft der Menschen. Im Bezug auf die Kooperation mit Hamburg sei außer netten Worten und Prüfaufträgen nichts geblieben.

Die Dänen-Ampel zeige dabei keine Idee auf, mit der Sie alternativ für Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein sorgen wolle: „Wo ist ein Konzept für unsere Wissenschaft jenseits der Zusage, alle Hochschulstandorte zu erhalten? Wie soll es mit dem Technologiestandort weiter gehen? Wo ist eine neue Strategie für den Energiestandort Schleswig-Holstein?“, fragte Callsen.

Die Dänen-Ampel nehme bewusst in Kauf, dass unsere Wirtschaft nicht weiter wachsen werde. Deshalb bereite die neue Regierung auch eine zusätzliche Neuverschuldung vor, erläuterte Callsen mit Bezug auf Zeile 360-362 des Koalitionsvertrages: „Die Landesregierung wird das bestehende Verfahren zur Abgrenzung von strukturellen und konjunkturellen Einnahmen weiter entwickeln.“ Der CDU-Fraktionschef: „Das heißt doch nichts anderes, als dass Sie eher früher als später, wenn Sie an all Ihre Versprechen erinnert werden, mit einem Buchungstrick noch einmal zusätzliche Schulden machen wollen.“

Bei der Bildungspolitik setze die neue Regierung auf neue Schulstrukturreformen, die weitere Verunsicherung schaffen würde. Angesichts der Tatsache, dass SPD, Grüne und SSW bereits Beschlüsse gefasst und verkündet habe, sei die geplante Schulkonferenz ebenso wie die Ankündigung einer Politik des Dialoges bislang lediglich eine Farce.

Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen finden Sie unter:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2012-06-13_Johannes_Callsen_2943.html

Die Regierungserklärung finden Sie unter:

CDU-Fraktion kämpft für Weiterbau der A 20

Vor der Regierungserklärung von Ministerpräsident Albig erste Aktion am Landeshaus

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag kämpft angesichts der verkehrspolitischen Vereinbarungen der Dänen-Ampel für den Ausbau der A 20 bis zur Elbe. Gemeinsam mit dem CDU-Landesvorsitzenden Jost de Jager und weiteren Fraktionsmitgliedern stellte Fraktionschef Johannes Callsen ein neues „Verkehrsschild“ vor. „Eine Umsetzung des Koalitionsvertrages in diesem Punkt würde ein Ende des Ausbaus der A 20 mit der westlichen Elbquerung bedeuten. Der Elbtunnel würde damit im Zuge der A 7 endgültig zum Flaschenhals des gesamten Verkehrs im Norden“, so Callsen.



Fraktionschef Johannes Callsen, Landesvorsitzender Jost de Jager und weitere Mitglieder der Fraktion.

Schleswig-Holstein laut Medienberichten besser als Bayern

Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung

Kommenden Freitag wird die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) bekannt geben, welche Forschungsprojekte in der zweiten Runde der Exzellenzinitiative zur Förderung der Spitzenforschung von 2012 bis 2017 berücksichtigt werden und deshalb Unterstützung aus dem 2,5 Milliarden Euro Fördertopf bekommen.

Die Universitäten Kiel und Lübeck, sowie ihre Partneereinrichtungen hoffen dabei auf eine Millionenförderung für ihre fünf eingebrachten Anträge. Nach Angaben der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel geht es dabei um Forschungsmittel in Höhe von 150 Millionen Euro und Hunderte Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.

Eine aktuelle Auswertung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft zeigt, dass die Universitäten im Norden bereits in der ersten Runde der Exzellenzinitiative von 2006 bis 2011 einen Spitzenplatz belegt haben. Schleswig-Holstein hat es demnach bereits in der ersten Runde auf Platz zwei im Vergleich der Länder geschafft. Schleswig-Holstein und das Saarland warben demnach im Durchschnitt etwa 155 000 Euro, Berlin etwa 145 000 Euro an Exzellenzgeldern pro Professor ein. Lediglich Baden-Württemberg schnitt mit 209 000 Euro pro Person besser ab. Der Freistaat Bayern kam dabei zum Vergleich nur auf 124 000 Euro. Der bundesweite Durchschnitt lag bei 80 000 Euro pro Professor.

Insgesamt wurden 1,9 Milliarden Euro von Bund und Ländern in der ersten Runde der Initiative zur Förderung herausragender Wissenschaft und Forschung an Hochschulen in Deutschland verteilt.

Die Auswertung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft finden Sie unter folgendem Link:

http://www.stifterverband.info/presse/pressemitteilungen/2012_06_12_exzellenzinitiative/index.html

Weitere Fachsprecher innerhalb der CDU-Fraktion benannt Fraktion regelt weitere Zuständigkeiten

Nach dem die Vorsitzenden der Fraktionsarbeitskreise bereits seit längerem feststehen, haben die Mitglieder der CDU-Fraktion in ihrer Sitzung am vergangenen Montag (11.06.2012) weitere Fachsprecher benannt. Damit wurden die inhaltlichen Zuständigkeiten in der Fraktion komplettiert.

Die vollständige Liste der weiteren Fachsprecher finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/fachsprecher.pdf>

Erste Panne der neuen Landesregierung Zweite Stellvertretende Ministerpräsidentin hätte nicht ernannt werden dürfen

Auf die erste Panne der neuen Landesregierung hat FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki heute öffentlich hingewiesen. Die Ernennung einer zweiten Stellvertretenden Ministerpräsidentin sei rechtlich nicht zulässig. Die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein sehe in Artikel 26 Absatz 2 lediglich „eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter vor.“

Wolfgang Kubicki kommentierte dies süffisant: „Vielleicht, Herr Ministerpräsident, wäre es doch ratsamer gewesen, Innen- und/oder Justizministerium von einer oder einem Juristen führen zu lassen.“

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de